



# Geschäfte des EFD 2018

## 4. Quartal

### Bundesfinanzen

- **Hochrechnung:** Für das laufende Jahr rechnet der Bund mit einem Überschuss von 2,5 Milliarden Franken. Budgetiert waren 0,3 Milliarden. Gegenüber der Juni-Hochrechnung wurde die Schätzung geringfügig angepasst; das Ergebnis fällt um 0,2 Milliarden besser aus als im Juni prognostiziert. Neu werden die Ausgaben etwas tiefer geschätzt. (24.10.)

### Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **E-Vignette:** Der Bundesrat hat beschlossen, dass die bisherige Klebevignette nicht vollständig ersetzt, sondern auf freiwilliger Basis durch eine elektronische Alternative ergänzt werden soll. Die Akzeptanz für eine rein elektronische Erhebung ist nicht gegeben, so die Erkenntnis des Bundesrates nach der Vernehmlassung vom letzten Jahr. Er hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, bis Mitte 2019 eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten. (21.11.)
- **Global Forum:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum zur Phase 2 der Schweiz verabschiedet. Der Gesetzesentwurf sieht vor, Inhaberaktien in Namenaktien umzuwandeln oder sie als Bucheffekten auszugestalten. Zudem soll ein Sanktionssystem für Pflichtverletzungen eingeführt werden. (21.11.)
- **Finanzpolitische Steuerung:** Der Bundesrat schlägt vor, die finanzpolitische Steuerung zu optimieren. Er kommt damit einem Anliegen einer vom Parlament überwiesenen Motion nach. Neu soll die Finanzierungsrechnung alle zeitlichen Abgrenzungen und Rückstellungen abbilden. Die Haushaltsteuerung wird damit periodengerechter. Der Bundesrat hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, bis Ende 2019 eine Botschaft auszuarbeiten. (19.12.)

### Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **FIDLEG/FINIV:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu den drei Verordnungen eröffnet, welche die Ausführungsbestimmungen zum Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und zum Finanzinstitutsgesetz (FINIG) enthalten. Das Vernehmlassungsverfahren dauert bis zum 6. Februar 2019. Die beiden Gesetze sollen zusammen mit ihren Verordnungen auf den 1. Januar 2020 in Kraft treten. (24.10.)
- **Versicherungsaufsichtsgesetz:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung für eine Teilrevision des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) eröffnet. Diese enthält Regeln zur Sanierung von Versicherungsunternehmen, führt zu Erleichterungen für Versicherungen mit bestimmten Geschäftsmodellen und auferlegt den Versicherungsvermittlern in bestimmten Fällen Regeln zum Verhalten gegenüber ihren Kunden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 28. Februar 2019. (14.11.)

- **AIA:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit 18 weiteren Staaten und Territorien eröffnet. Das Inkrafttreten des AIA ist per 1. Januar 2020 vorgesehen, ein erster Datenaustausch soll 2021 erfolgen. Die Erweiterung des AIA-Netzwerks der Schweiz trägt den aktuellen internationalen Entwicklungen Rechnung. (7.12.)

## Internationales

- **DBA mit Lettland:** Das Protokoll zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) zwischen der Schweiz und Lettland auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen ist in Kraft getreten. Es wird ab dem 1. Januar 2019 wirksam. Das Abkommen wurde mit der Bestimmung über den steuerlichen Informationsaustausch auf Ersuchen ergänzt und in mehreren anderen Punkten angepasst. (3.10.)
- **Arbeitsbesuch in Italien:** Bundesrat Ueli Maurer weilte in Rom zu einem Arbeitsbesuch bei seinem italienischen Amtskollegen Giovanni Tria. Beim Treffen wurden bilaterale und internationale Finanz- und Steuerfragen erörtert. (5.10.)
- **Informationsaustausch:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) hat erstmals Informationen über Finanzkonten ausgetauscht. Der Austausch erfolgt im Rahmen des globalen Standards zum automatischen Informationsaustausch (AIA). (5.10.)
- **IWF-Jahrestagung:** Bundesrat Ueli Maurer als Leiter der Schweizer Delegation, Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann und Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, nahmen an der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbankgruppe in Bali teil. (13.10.)
- **Aussenhandel:** Nach eineinhalb Jahren fortwährenden Wachstums im schweizerischen Aussenhandel verringerten sich die Exporte im dritten Quartal 2018 gegenüber dem rekordhohen Vorquartal um 2,9 Prozent. Trotzdem verblieben sie über der 54-Milliarden-Franken-Marke. Die Importe sanken auf hohem Niveau um 1,5 Prozent, was 768 Millionen Franken entspricht. In der Handelsbilanz resultierte ein Überschuss von 3,5 Milliarden Franken. (18.10.)
- **DBA mit Kosovo:** Das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen zwischen der Schweiz und Kosovo ist am 10. Oktober 2018 in Kraft getreten. Es wird ab dem 1. Januar 2019 wirksam. (25.10.)
- **Staatssekretär Jörg Gasser:** Staatssekretär Jörg Gasser verlässt das Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen (SIF) per Ende Februar 2019. Nach über zehn Jahren im Dienst des Bundes möchte sich der 49-jährige Gasser beruflich noch einmal neu orientieren. (31.10.)
- **Joint Ecofin:** Bundesrat Ueli Maurer nahm am Treffen der Finanz- und Wirtschaftminister der EU und der EFTA in Brüssel teil. Chancen und Herausforderungen im Bereich Fintech standen dieses Jahr im Vordergrund. Bundesrat Maurer wurde von Staatssekretär Jörg Gasser begleitet. (6.11.)
- **DBA mit Ghana:** Das Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen, vom Vermögen und auf Veräusserungsgewinnen zwischen der Schweiz und Ghana ist am 29. Oktober 2018 in Kraft getreten. Es passt die Amtshilfeklausel dem internationalen Standard zum Informationsaustausch auf Anfrage an. (8.11.)
- **Chinesische Zentralbank:** Finanzminister Ueli Maurer empfing den Gouverneur der People's Bank of China Yi Gang in Bern. Themen waren internationale Finanzfragen und die weitere Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit im Finanzbereich. Im Nachgang zu dem Treffen vertieften Finanzmarkakteure beider Länder die Themen im Rahmen des offiziellen Finanzdialogs und eines Round Table. (12.11.)
- **Arbeitsbesuch in Rumänien:** Bundesrat Ueli Maurer weilte in Bukarest zu einem Arbeitsbesuch bei seinem rumänischen Amtskollegen Eugen Teodorovici. Erörtert werden beim Treffen bilaterale Themen der Schweiz mit der EU im Finanz- und

Steuerbereich. Bundesrat Maurer traf ferner Präsident Klaus Werner Iohannis zu einem Höflichkeitsbesuch. (20.11.)

- **Rohstoffe:** Der Rohstoffsektor ist ein wichtiger Bestandteil der Schweizer Wirtschaft. Angesichts der seit 2013 erzielten Fortschritte sowie der anhaltenden Herausforderungen und der neu aufkommenden Trends in diesem Sektor hat der Bundesrat einen Bericht mit 16 neuen Empfehlungen verabschiedet, um das Vorgehen und die internationale Positionierung der Schweiz zu stärken. (30.11.)
- **DBA mit Pakistan:** Das neue Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zwischen der Schweiz und Pakistan ist am 29. November 2018 in Kraft getreten. Es ersetzt das bestehende Abkommen zwischen den beiden Staaten. Die Bestimmungen des Abkommens werden ab dem 1. Januar 2019 angewendet. (3.12.)
- **Börsenäquivalenz:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat Kenntnis genommen vom Entscheid der Europäischen Kommission vom 20. Dezember 2018, die Börsenäquivalenz für die Schweiz bis Ende Juni 2019 zu verlängern. Als Folge davon hat das EFD – gestützt auf die Verordnung des Bundesrates vom 30. November 2018 über die Anerkennung ausländischer Handelsplätze – die Voraussetzung geschaffen, dass vorerst auch Handelsplätze in der EU die neue Anerkennung der FINMA erhalten können. (20.12.)

### Reformprojekte des Bundesrates

- **STAF:** Im Zuge der Vorlage über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) wird die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) die Bundespraxen betreffend Prinzipalgesellschaften und Swiss Finance Branch ab 2019 nicht mehr auf neue Unternehmen anwenden. (15.11.)

### Wichtige Verordnungen

- **Länderbezogene Berichte:** Der Bundesrat hat beschlossen, den Austausch der länderbezogenen Berichte auf weitere Staaten auszuweiten. Zudem hat er eine Änderung der Verordnung über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAV) verabschiedet. (17.10.)
- **AIA:** Der Bundesrat hat beschlossen, die Übergangsbestimmung betreffend den Begriff «Teilnehmende Staaten» in der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen per 1. Januar 2019 aufzuheben. Damit wird eine internationale Vorgabe umgesetzt. (7.11.)
- **Finanzausgleich:** 2019 nehmen die Finanzausgleichszahlungen gegenüber dem Vorjahr um 132 Millionen zu und betragen gut 5,2 Milliarden Franken. Der Bundesrat hat die Ausgleichszahlungen im Rahmen einer Teilrevision der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich gutgeheissen. (07.11.)
- **Zollfahndung:** Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) wird im Bereich der Zollfahndung neu organisiert. Dadurch soll der Schmuggel besser bekämpft werden. Die Sektionen Zollfahndung der einzelnen Zollkreise sowie die Zentralstelle Zollfahndung und die Abteilung Strafsachen und Beschwerden werden zur Hauptabteilung Zollfahndung zusammengefasst. Der Bundesrat hat die entsprechenden Ordnungsänderungen genehmigt. (21.11.)
- **Eigenmittelverordnung:** Der Bundesrat hat eine Änderung der Eigenmittelverordnung verabschiedet. Demnach werden ab dem 1. Januar 2019 auch die drei inlandorientierten systemrelevanten Banken sogenanntes Gone-concern-Kapital für ihre allfällige Sanierung und Abwicklung halten müssen. Über die entsprechenden Anforderungen für die Stammhäuser der beiden Grossbanken wird der Bundesrat im nächsten Jahr entscheiden. (21.11.)
- **Börseninfrastruktur:** Der Bundesrat setzt sich weiter dafür ein, dass die Europäische Kommission die auf Ende 2018 befristete Börsenäquivalenz der Schweiz unbefristet verlängert. Eine solche Verlängerung ist bis anhin noch nicht erfolgt. Weil der Markt Klarheit benötigt, um sich rechtzeitig auf die verschiedenen

Szenarien einzustellen, hat der Bundesrat wie angekündigt eine Massnahme zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur verabschiedet. Die mittels Verordnung eingeführte neue Anerkennungspflicht für ausländische Handelsplätze gilt ab 1. Januar 2019. Sie wird in der Praxis nur eine Wirkung entfalten, wenn dies erforderlich wird. (30.11.)

### Weitere EFD-Geschäfte

- **Direkte Bundessteuer:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat entschieden, für das Kalenderjahr 2019 weiterhin keinen Vergütungszins für vorzeitig entrichtete Beträge der direkten Bundessteuer auszurichten. (12.10.)
- **Fintech:** Bundesrat Ueli Maurer hat Vertreter der Finanzbranche und der Wissenschaft zu einem dritten Fintech-Roundtable eingeladen. Der Roundtable hat einmal mehr aufgezeigt, dass der Austausch zwischen Behörden, der Fintech-Branche sowie dem Finanzsektor weiterhin von grosser Wichtigkeit ist. Die Arbeitsgruppe Blockchain/ICO des Bundes hat die Branche konsultiert und wird dem Bundesrat bis Ende 2018 Bericht erstatten. (15.10.)
- **Bundespersonalrecht:** Der Bundesrat hat eine Revision des Bundespersonalrechts verabschiedet. Er setzt damit bereits früher beschlossene Anpassungen im Lohnsystem der Bundesverwaltung um und präzisiert Bestimmungen, die in der Praxis zu Unsicherheiten geführt hatten. (24.10.)
- **E-Government:** Der von Bundesrat Ueli Maurer geleitete Steuerausschuss E-Government Schweiz hat den Schwerpunktplan für das Jahr 2019 verabschiedet. Neu unterstützt er darin das Projekt «Landesweite Grundstücksuche». Weiter hat der Steuerausschuss die nächsten Schritte zur Erneuerung der E Government-Strategie 2020–2023 beschlossen. (30.10.)
- **Bundesnahe Unternehmen:** Der Bundesrat hat Stellung genommen zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates (GPK-S) vom 28. August 2018 über Interessenbindungen bei Verwaltungsräten von bundesnahen Unternehmen. Der Bundesrat ist mit den Feststellungen der GPK-S weitgehend einverstanden. Generelle Anpassungen der Corporate Governance des Eigners prüft er im Rahmen der laufenden externen Evaluation der Steuerung von bundesnahen Unternehmen. (26.10.)
- **Bundesaktivitäten in den Kantonen:** In seinem ersten Bericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Bundesaktivitäten in den Kantonen legt der Bundesrat dar, wie sich die Ausgaben und die Einnahmen des Bundes in den Jahren 2013–2016 auf die einzelnen Kantone verteilen. Mit der Verabschiedung des Berichts erfüllt der Bundesrat einen Auftrag des Parlaments. (31.10.)
- **Heiratsstrafe:** Die statistischen Grundlagen zur direkten Bundessteuer, auf welche die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) zurückgreifen kann, sind unzureichend. Deshalb bleibt insbesondere die Schätzung der Zahl der von der Heiratsstrafe Betroffenen mit Unsicherheiten behaftet. Zu diesem Schluss gelangt ein vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) in Auftrag gegebenes externes Gutachten, über dessen Ergebnisse der Bundesrat informiert wurde. (08.11.)
- **MELANI:** Der am 8. November 2018 veröffentlichte 27. Halbjahresbericht der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) befasst sich mit den wichtigsten Cyber-Vorfällen der ersten Jahreshälfte 2018 im In- und Ausland. Das Schwerpunktthema ist den Lücken in Hardware gewidmet. Im Fokus stehen zudem unter anderem der gezielte Malware-Angriff, für den der Name des Labors Spiez missbraucht worden ist, sowie verschiedene Datenabflüsse und die Problematik bei der Mehrfachnutzung eines Passwortes. (8.11.)
- **E-Government:** Die Studie E-Government-Monitor 2018 zeigt, dass die Bekanntheit von E-Government-Angeboten in der Schweiz stetig zunimmt. Behördeninformationen und -dienste sucht die Schweizer Bevölkerung primär im Internet. (6.11.)

- **E-Government-Strategie:** Der Bundesrat hat die von der interföderalen Organisation E-Government Schweiz erarbeiteten Eckwerte für die E-Government-Strategie Schweiz ab 2020–2023 gutgeheissen. Er unterstreicht mit der Annahme des Leitbilds «Digital First» die Bedeutung des elektronischen Kanals, über den die Verwaltung zukünftig vorwiegend ihre Informationen und Dienste anbieten soll. (14.11.)
- **Netzwerke des Bundes:** Der Bundesrat hat festgelegt, wie die Bedürfnisse an Datenkommunikation mittels bundeseigenen Datenkommunikationsinfrastrukturen oder mittels Beschaffung von Datentransportdiensten abgedeckt werden sollen. Er hat dazu die Strategie «Netzwerke des Bundes» gutgeheissen und weitere Massnahmen in Auftrag gegeben. (21.11.)
- **E-Government:** Die Europäische Kommission hat den E-Government-Benchmark 2018 veröffentlicht. Die Studie zeigt, dass die Verfügbarkeit von Basisdiensten entscheidend ist für eine erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung. Der Schweiz weist sie hierbei grossen Aufholbedarf aus. (22.11.)
- **Bundesasylzentrum Balerna/Novazzano:** Für einen Neubau für das Bundesasylzentrum in Balerna/Novazzano führte das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen offenen Projektwettbewerb durch. Das Siegerprojekt trägt den Titel «EN MÊME TEMPS». (27.11.)
- **PUBLICA:** Der Bundesrat hat diverse Änderungen in den Anschlussverträgen verschiedener Vorsorgewerke von PUBLICA genehmigt. Diese treten per 1. Januar 2019 in Kraft. (30.11.)
- **Rententalter:** Bisher traten Mitarbeitende der besonderen Personalkategorien früher als die übrigen Mitarbeitenden der Bundesverwaltung in den Ruhestand. Am 28. Juni 2017 hat der Bundesrat beschlossen, dass auch für diese Mitarbeitenden künftig das ordentliche Rententalter gelten soll. Er hat nun die neue Regelung in den Grundzügen festgelegt. (30.11.)
- **Finanzierungsquote:** Der Bundesrat hat die ursprünglich für den 1. Januar 2018 geplante Einführung einer Finanzierungsquote (net stable funding ratio, NSFR) nochmals verschoben. Der Bundesrat wird Ende 2019 erneut darüber befinden. (30.11.)
- **FinTech-Bewilligung:** Unternehmen, die sich ausserhalb der Kerntätigkeit von Banken bewegen, können ab dem 1. Januar 2019 unter erleichterten Anforderungen gewerbsmässig Publikumseinlagen bis zu maximal 100 Millionen Franken entgegennehmen. Der Bundesrat hat eine entsprechende Anpassung des Bankengesetzes zur Innovationsförderung (FinTech) in Kraft gesetzt. Das Crowdfunding soll zudem – innerhalb des bewilligungsfreien Bereichs der Sandbox – auch für den privaten Konsum möglich sein. (30.11.)
- **Lohnmassnahmen 2019:** Der Bundesrat hat die Lohnmassnahmen 2019 verabschiedet. Im Februar 2019 werden Nachverhandlungen mit den Personalverbänden über einen vollen Teuerungsausgleich stattfinden. (7.12.)
- **Robotisierung:** Die Robotisierung gefährdet keine Steuereinnahmen und soll vorerst auch nicht speziell besteuert werden. Zu diesem Fazit gelangt der Bericht zu einer Prospektivstudie, den der Bundesrat gutgeheissen hat. (7.12.)
- **Botschaft in Addis Abeba:** Für einen Neubau für die Schweizerische Botschaft in Addis Abeba, Äthiopien, hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen offenen Projektwettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt trägt den Titel «THE FLAG INCIDENT». (12.12.)
- **Blockchain/DLT:** Der Bundesrat hat einen Bericht zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für Blockchain und Distributed-Ledger-Technologie (DLT) im Finanzsektor verabschiedet. Der Bericht zeigt auf, dass der Schweizer Rechtsrahmen gut geeignet ist, mit neuen Technologien inklusive Blockchain umzugehen. Dennoch besteht punktuell ein Anpassungsbedarf. Der Bundesrat nahm ferner die Analyse einer interdepartementalen Arbeitsgruppe zu

Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierungsrisiken von Krypto-Assets zur Kenntnis. (14.12.)

- **Bargeldverwendung:** Am 18. Dezember 2018 hat die interdepartementale Koordinationsgruppe zur Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (KGGT) ihren Bericht zur Bargeldverwendung und deren Missbrauchsrisiken für die Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung in der Schweiz veröffentlicht. Der Bericht analysiert die potentiellen Risiken des Bargeldverkehrs sowie die durch die Finanzintermediäre und Behörden ergriffenen Massnahmen, um diese Risiken zu mindern. Die bestehenden Missbrauchsrisiken werden als moderat eingestuft. (18.12.)
- **Stammdatenverwaltung:** Für die weitere Planung der digitalen Transformation sieht der Bundesrat die einmalige Erfassung und Verwaltung von Daten als wichtige Voraussetzung. Er hat deshalb die «Strategie für den Ausbau einer gemeinsamen Stammdatenverwaltung des Bundes» gutgeheissen sowie konkrete Massnahmen ausgelöst. (19.12.)
- **EZV:** Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD), Bundesrat Ueli Maurer, hat Urs Bartenschlager zum Vizedirektor der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) ernannt. Der Jurist hat bisher das Reorganisationsprojekt der Zollfahndung geleitet. Die Ernennung fällt mit der Gründung der neuen Hauptabteilung Zollfahndung am 1. Januar 2019 zusammen, deren Leitung Bartenschlager übernehmen wird. (21.12.)

## Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

### In der Wintersession verabschiedete Vorlagen

- **Geld:** Alte Banknoten sollen weiterhin nicht unbefristet eingetauscht werden können. Der Ständerat hat beschlossen, an der geltenden Umtauschfrist von 20 Jahren festzuhalten. Mit 37 zu 4 Stimmen folgte die kleine Kammer ihrer Wirtschaftskommission. Nun muss noch der Nationalrat entscheiden. Der Bundesrat schlägt vor, dass alte Banknoten künftig unbefristet eingetauscht werden können. Gelten soll das ab der sechsten Serie, die ab 1976 in Umlauf gebracht wurde. Die 100-Franken-Note ziert ein Porträt des Architekten Francesco Borromini. Von der Serie sind noch Noten im Wert von über 1 Milliarde Franken im Umlauf. Die Umtauschfrist läuft im Mai 2020 aus. (26.11.)
- **Finanzausgleich:** Die Geberkantone sollen entlastet werden. Der Ständerat hat einer Anpassung des Finanz- und Lastenausgleichs (NFA) zugestimmt. Diese basiert auf einem Kompromiss unter den Kantonen. Neu soll der ressourcenschwächste Kanton auf mindestens 86,5 Prozent der durchschnittlichen Ressourcenausstattung kommen. Das liegt zwischen dem heutigen Ziel von 85 Prozent und der tatsächlichen Ausstattung von über 88 Prozent. Dadurch würde auch der Bund entlastet. Der Betrag, den er einspart, soll aber im System bleiben: 140 Millionen Franken fliessen in den soziodemografischen Lastenausgleich, weitere 140 Millionen Franken gehen während fünf Jahren als Übergangshilfe an die ressourcenschwachen Kantone. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. (4.12.)
- **Steuern:** Doppelbesteuerungsabkommen sollen nicht nur doppelte Besteuerung, sondern auch Missbrauch durch doppelte Nichtbesteuerung verhindern. Das ist das Ziel eines multilateralen Abkommens im Kampf gegen Steuerflucht. Der Ständerat hat es als Erstrat genehmigt. Es handelt sich um ein Übereinkommen im Rahmen des Projekts zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) der OECD. Umgesetzt werden sollen damit Massnahmen im Zusammenhang mit Steuerabkommen. Zunächst werden Doppelbesteuerungsabkommen mit zwölf Ländern angepasst, darunter die Nachbarländer Italien und Österreich. (4.12.)

- **Heiratsstrafe:** Ständeratsmitglieder haben ihrem Ärger Luft gemacht über die vom Bund nachträglich nach oben korrigierten Zahlen zu von der Heiratsstrafe betroffenen Doppelverdiener-Ehepaaren. Allerdings stehen inzwischen auch die neuen Zahlen in Frage. Finanzminister Ueli Maurer versprach Abhilfe. Allerdings sei es so, dass nur die Kantone und nicht der Bund wüssten, wer direkte Bundessteuern bezahle, sagte er. Ein Teil der Stände verweigere die Daten. Man überlege sich, die Gesetzgebung so anzupassen, dass die Kantone verpflichtet sind, Daten zu liefern. (4.12.)
- **Grenzwache:** Der Ständerat hat eine Motion für die Aufstockung des Grenzwachtkorps um 44 Stellen abgelehnt. Die Erhöhung des Stellenetats war allerdings am Vortag von beiden Räten in den Voranschlag 2019 aufgenommen worden. Die Mehrheit der Sicherheitspolitischen Kommission hatte schon zuvor ein Nein empfohlen. Sie wollte auf den laufenden Transformationsprozess bei Grenzwache und Zoll setzen. Durch das Zoll-Programm DaziT sollen personelle Ressourcen frei werden. (4.12.)
- **Bundespräsidium:** Ueli Maurer ist im kommenden Jahr Bundespräsident, zum zweiten Mal in seiner Karriere. Die Vereinigte Bundesversammlung hat den Zürcher SVP-Politiker mit 201 von 209 gültigen Stimmen in das Amt gewählt, einem ausserordentlich guten Resultat. Der 68-jährige Maurer wurde im Dezember 2008 in die Landesregierung gewählt und ist nach 2013 zum zweiten Mal Bundespräsident. In seiner Antrittsrede begeisterte er das Parlament. "Politik muss Freude und Spass machen", sagte er. Das solle auch die Bevölkerung spüren. Im kommenden Jahr stünden wichtige Projekte an, etwa die seit Jahren auf dem Tisch liegenden Beziehungen mit der EU. Er hoffe, dass sie dort am Ende des Jahres nicht mehr liegen würden und dies keine "Mission Impossible" sei. (5.12.)
- **Steuern:** Der Nationalrat hat Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Sambia, Ecuador, Brasilien und dem Vereinigten Königreich genehmigt. Eigentlich hätte der Rat auch über das DBA mit Saudi-Arabien befinden sollen. Die Wirtschaftskommission hatte dieses aber auf Eis gelegt. Sie will erst darüber befinden, wenn der Bundesrat eine politische Strategie gegenüber Saudi-Arabien vorgelegt hat - voraussichtlich nächstes Jahr. Finanzminister Ueli Maurer stellte eine Auslegeordnung zu Saudi-Arabien in Aussicht. Den Abkommen mit Sambia und Ecuador stimmte der Nationalrat als Zweitrat zu; sie sind bereit für die Schlussabstimmungen. Über die Abkommen mit Brasilien und dem Vereinigten Königreich muss noch der Ständerat befinden. (6.12.)
- **Beschaffungen:** Wegen einer Änderung des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) muss das Beschaffungsgesetz revidiert werden. Der Ständerat hat über die Vorlage diskutiert. Wie der Nationalrat verfolgte er dabei das Ziel, gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen zu schaffen. Unter anderem beschloss er, dass bei der Vergabe das Preisniveau im Land berücksichtigt wird, in welchen die Leistung erbracht wird. Damit hätten Schweizer KMU die gleichen Bedingungen wie Anbieter aus Tieflohnländern, sagte Kommissionssprecher Pirmin Bischof (CVP/SO). Finanzminister Ueli Maurer konnte das zwar nachvollziehen. Er warnte aber vor einem "krassen Verstoß gegen WTO-Regeln". Das führe fast mit Sicherheit zu Klagen. Die Vorlage geht nun wieder an den Nationalrat. (10.12.)
- **Nationalbank:** Der Nationalrat will die Nationalbank nicht zu Nachhaltigkeit verpflichten. Er hat eine parlamentarische Initiative von Adèle Thorens (Grüne/VD) abgelehnt. Sie verlangte, dass die Nationalbank im Gesamtinteresse des Landes handeln müsse. Dazu gehöre die nachhaltige Entwicklung und die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Mit ihren Investitionen erfülle die Nationalbank diese Anforderungen nicht. Es könne nicht sein, dass sich die Politik um Klimaschutz bemühe - und die Nationalbank tue genau das

- Gegenteil, kritisierte Beat Jans (SP/BS). Die SNB dürfe nicht politisiert werden, warnte Kommissionssprecher Thomas Aeschi (SVP/ZG). (11.12.)
- **Bundesbauten:** Der Bund kann für zivile Bundesbauten 127,9 Millionen Franken ausgeben. Der Nationalrat hat wie schon der Ständerat die Immobilienbotschaft 2018 einstimmig genehmigt. Im Paket enthalten ist der Neubau einer Ausbildungshalle in Magglingen BE, für die 23,9 Millionen Franken veranschlagt sind. Die neue Ausbildungshalle wird aus einer Dreifach-Turnhalle sowie einer Schwinghalle bestehen. Dazu sollen Theorie- und Schulungsräume kommen. Der Nationalrat hiess die Immobilienbotschaft mit 179 zu 0 Stimmen gut. (13.12.)
  - **Finanzmarkt:** Das Parlament will, dass die Verantwortlichkeiten zwischen Verwaltung und Finanzmarktaufsicht (FINMA) klarer getrennt werden. Der Ständerat hat eine Motion von Nationalrat Martin Landolt (BDP/GL) ohne Gegenstimme überwiesen. Landolt hatte argumentiert, dass zehn Jahre nach der Einführung der FINMA die Zeit reif sei, Strukturen und Prozesse zu überprüfen und allenfalls zu verbessern. Auch der Ständerat sieht Klärungsbedarf. Die FINMA greife manchmal zu sehr in die Kompetenz der Verwaltungsräte ein und reguliere zu detailliert, argumentierte Pirmin Bischof (CVP/SO) im Namen der Kommission. Allerdings müsse die FINMA unabhängig zu bleiben. Der Bundesrat ist bereit, die Motion anzunehmen. Es gehe vor allem darum, zu prüfen, ob sich die Gesetzesänderungen der letzten Jahre bewährt hätten, erklärte Finanzminister Ueli Maurer. (13.12.)
  - **Bundeshaushalt:** Der Bund budgetiert für das nächste Jahr Einnahmen von 73,556 Milliarden und Ausgaben von 72,334 Milliarden Franken. Das Parlament hat im Bundesbudget 2019 für die Bildung mehr Mittel gesprochen als vom Bundesrat beantragt und damit den Überschuss etwas gestutzt. Nicht einig wurden sich die Kammern bei der Aufstockung des Personaletats um zehn auf 118 Stellen für die Eidgenössische Finanzkontrolle. Indem der Nationalrat den Antrag der Einigungskonferenz für die Erhöhung ablehnte, setzte er sich gegenüber dem Ständerat durch. Die Finanzkontrolle erhält damit 1,97 Millionen Franken weniger als im Budget beantragt worden war. (13.12.)
  - **Too-big-to-fail:** In den Schlussabstimmungen genehmigten die Eidgenössischen Räte mit 197 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Nationalrat) und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Berechnung des Beteiligungsabzugs bei Too-big-to-fail-Instrumenten, mit dem systemrelevante Banken gezwungen werden, zusätzliches Eigenkapital aufzubauen. (14.12.)
  - **DBA mit Sambia:** Der Nationalrat (mit 85 zu 71 Stimmen bei 39 Enthaltungen) und der Ständerat (mit 39 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen) hiessen in den Schlussabstimmungen das neue Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit Sambia gut. (14.12.)
  - **DBA mit Ecuador:** Mit 130 zu 64 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 41 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) genehmigten die Eidgenössischen Räte eine Änderung im Doppelbesteuerungsabkommen der Schweiz mit Ecuador. (14.12.)
  - **AIA:** Die Eidgenössischen Räte hiessen in den Schlussabstimmungen mit 133 zu 56 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Nationalrat) und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens mit Singapur über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten gut sowie mit 132 zu 54 Stimmen bei 9 Enthaltungen (Nationalrat) und 43 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) den Bundesbeschluss über die Genehmigung des Abkommens mit Hongkong über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. (14.12.)